

Niederschrift

über die 8. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach am Freitag, dem 11. März 2005, 16.00 Uhr bis 18.45 Uhr, im Saal 13, Verwaltungsgebäude, Markt 22

<u>Anwesenheit:</u>	CDU:	Köckert , Adam, Braun, Mereuta , Meyer, Müller, Ruhkamp, Straßburg, Suck
	PDS:	May , Duft, Grabe, Pechstädt, Schenke, Voß, Werner
	SPD:	Doht , Levknecht, Dr. Schenk, Stein, Tikwe
	Bündnis 90/ Die Grünen:	Rexrodt , Schultz, Schweßinger
	BfE:	Gottstein , Apel (bis 18.25 Uhr), Rabe
	EA:	Hofmann , Fischer

Stadtverwaltung:

Oberbürgermeister, Herr Schneider
Bürgermeister, Herr Nielsen
Dezernentin, Frau Lieske

Büroleiter OB, Herr Dr. Nienaber
Pressestelle, Herr Wuggazer
Gleichstellungsbeauftragte, Frau Quentel
Stellv. Amtsleiter Haupt- und Organisationsamt, Herr Tschaar
Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt, Frau Kirschner
Amtsleiter Finanzverwaltung, Herr Hartmann
Direktorin der Musikschule, Frau Löchner
Stellv. Abteilungsleiterin Jugend, Frau Waldhelm

entschuldigt:	Frau Leutheuser – CDU – Urlaub Herr Lindig – CDU – dienstlich verhindert Herr Dr. Oefner – CDU – Urlaub Herr Dr. Sinn – CDU – dienstlich verhindert Herr Tikwe – PDS – Krank Frau Wolf – PDS – Krank Herr Gentzel – SPD – Kur
----------------------	---

Gäste:	Herr Reich, Ortsbürgermeister Stregda Herr Prof. Dr. Butscher, sachkundiger Bürger Herr Hardel, sachkundiger Bürger Presse Bürger
---------------	---

<u>Schriftführer:</u>	Frau Steffan, Frau Seelig
------------------------------	---------------------------

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, eröffnet die 8. Sitzung des Stadtrates der Stadt Eisenach und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung wird festgestellt. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

Zu Beginn der Sitzung sind 29 Stadratsmitglieder anwesend und 7 entschuldigt. Damit ist die Beschlussfähigkeit der Sitzung entsprechend § 36 Abs. 1 ThürKO festgestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, gratuliert den Stadratsmitgliedern, die zwischen der letzten Sitzung und der heutigen Sitzung Geburtstag hatten.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, zieht folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zurück:

- TOP 10: Bebauungsplan Nr. 41 „Umstrukturierungsgebiet „ehem. Güterbahnhof“
 Stadt Eisenach; hier: Entwurf
- TOP 11: Satzung über die Ablösung der Stellplatzverpflichtung der Stadt Eisenach;
 hier: Beratung und Beschlussfassung
- TOP 13: Antrag der PDS-Stadratsfraktion – Schaffung der Voraussetzungen zur
 Einrichtung einer Kinder- und Jugendkonferenz

Da es keine weiteren Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung gibt, gilt die geänderte Tagesordnung.

Nr. 2 der TO: Einwohnerfragestunde

Da keine Fragen eingereicht wurden, entfällt die heutige Einwohnerfragestunde.

Nr. 3 der TO: Genehmigung der Niederschrift über die 7. Sitzung am 23. Februar 2005 – öffentliche Sitzung

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, erklärt, dass zur Niederschrift über die 7. Sitzung des Stadtrates am 23. Februar 2005 kein Änderungsantrag vorliegt.

**Abstimmung: 27 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 3 Stimmenthaltung**

Damit ist der öffentliche Teil der Niederschrift bestätigt.

Beschluss-Nr.: 0134/2005

Nr. 4 der TO: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, weist darauf hin, dass Folgendes in schriftlicher Form vorliegt:

- Zweckverband für Abfallwirtschaft Südwestthüringen – Bestellung von Verbandsräten

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, informiert, dass der Beschluss zur Prüfung der Verfassungsfeindlichkeit der „Kameradschaft Eisenach“ des „Aktionsbüro Thüringen“ an das Thüringer Innenministerium übersandt wurde. Des Weiteren geht der Oberbürgermeister, Herr Schneider, auf den Zeitungsartikel der TA zur Tannhäuser-Lücke ein und erklärt, dass er es bedauert, dass er den Eindruck haben muss, dass interne Kenntnisse aus dem Aufsichtsrat rechtswidrig weitergegeben wurden sind. Es liegt der Verdacht nahe, dass ein Aufsichtsratsmitglied seiner Verschwiegenheitspflicht nicht gerecht geworden ist. Des Weiteren befürchtet der Oberbürgermeister, Herr Schneider, Schaden für die Gesellschaft, aber auch ebenso Schaden für das Ansehen der Stadt. Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, findet es traurig, dass Behauptungen, Halbwahrheiten und Spekulationen an die Presse geleitet wurden, um hier irgendwie eine Stimmung zu entfachen. Dieses Vorgehen dient aus Sicht des Oberbürgermeisters, Herrn Schneider, nicht dazu die Tannhäuser-Lücke zu bebauen, denn auch die potentiellen Mietinteressenten werden dies lesen. Das gleiche betrifft den Brandschutz, der auch Mieter verunsichert, weil ein falscher Eindruck erweckt wird. Dies allem widerspricht der Oberbürgermeister, Herr Schneider, sehr deutlich. Zum Abschluss weist der Oberbürgermeister, Herr Schneider, darauf hin, dass diese Dinge in den Aufsichtsrat und die Gesellschaft gehören und dort zu besprechen und zu klären sind. Dazu wird er auch nochmals im nichtöffentlichen Teil der Sitzung ausführen.

Nr. 5 der TO: Bildung eines Präventionsrates gegen Extremismus

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, begründet die Beschlussvorlage.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, freut sich darüber, dass nun ein zweiter Antrag gegen den Rechtsextremismus vorliegt. Trotzdem hat das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, bei der vorliegenden Beschlussvorlage Bauchschmerzen, weil eine Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus erfolgt. Ziel des Präventionsrates sollte es sein, bei Aktivitäten von Rechtsradikalen in unserer Stadt schnell und unbürokratisch Absprachen zu treffen, um wirksame Gegenmaßnahmen zu treffen. Dies bedeutet für das Stadtratsmitglied, Herrn Schenke, eine lokale Vernetzung voranzutreiben. Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, beantragt die Beschlussvorlage in den zuständigen Ausschuss zu verweisen, um dort eine Klärung herbeizuführen.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, verliest folgende Definition von Extremismus: „Extremismus besteht darin, wenn eine Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte geschieht.“ Dies ist nach Meinung des Oberbürgermeisters, Herrn Schneider, die Grundlage des Extremismus. An dieser Definition wird sich der Oberbürgermeister, Herr Schneider, ausrichten.

Abstimmung über den Antrag des Stadtratsmitgliedes, Herrn Schenke, auf Verweisung in den Ausschuss:

9 Stimmen dafür
21 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen

Damit ist der Antrag des Stadtratsmitgliedes, Herrn Schenke, abgelehnt.

Der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, protestiert erneut gegen die Anwesenheit einiger von ihm als „Faschisten“ bezeichneten Gäste in der Stadtratssitzung. Des Weiteren merkt er an, dass es ungewöhnlich ist, eine so weitreichende Beschlussvorlage erst vier Tage vor der Stadtratssitzung an die Stadträte auszureichen. Nach Meinung des Fraktionsvorsitzenden der EA-Stadtratsfraktion, Herrn Hofmann, konnten nicht alle Fragen in der Haupt- und Finanzausschusssitzung befriedigend beantwortet werden. Für den Fraktionsvorsitzenden der EA-Stadtratsfraktion, Herrn Hofmann, stellen sich folgende Fragen, die noch zu klären wären:

1. Ist die verfassungsrechtliche Zulässigkeit eines solchen Rates geprüft worden?
2. Würde sich die Stadt Eisenach nicht in bedenklicher Weise Befugnisse des Verfassungsschutzes anmaßen?
3. Ist bedacht worden, welche Folgen es haben kann, wenn auf die hier vorgeschlagene Weise mit dem Begriff politischer Extremismus Faschisten mit radikalen Linken auf eine Stufe gestellt werden? Würde damit nicht eine Relativierung und Verharmlosung des Hitlerfaschismus und seiner einzigartigen Verbrechen Tür und Tor geöffnet?
4. Besteht nicht die Gefahr, dass radikales rebellisches Gedankengut kriminalisiert würde, wenn wie in der Begründung der Vorlage pauschal die Demonstrationen auf den Straßen als Dokumentation politischen Extremismus angesehen würden?
5. Wie würde der Präventionsrat seine Erkenntnisse über den politischen Extremismus in Eisenach gewinnen? Würde es nach den persönlichen Meinungen der Mitglieder gehen, würde man nach der Presse urteilen oder würde man sich vielleicht auch geheimdienstlicher Methoden bedienen müssen, um hier Erkenntnisse zu gewinnen?

Nach Meinung des Fraktionsvorsitzenden der EA-Stadtratsfraktion, Herrn Hofmann, sollte man eine weltanschauliche Auseinandersetzung mit faschistischem und rassistischem Gedankengut führen. Zuletzt stellt der Fraktionsvorsitzende der EA-Stadtratsfraktion, Herr Hofmann, die Frage, ob daran gedacht wurde, den Mitgliedern des Präventionsrates oder seines Lenkungsausschusses für ihre Aufgaben auch Sitzungsgelder zu zahlen.

Die Fraktionsvorsitzende der PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, versteht die Intentionen eines Präventionsrates und deshalb wurde im Haupt- und Finanzausschuss auch die Frage gestellt, was man unter politischen Extremismus versteht und wo eine Ober- und Untergrenze ist. Die Aussage des Oberbürgermeisters im Haupt- und Finanzausschuss dazu hält die Fraktionsvorsitzende der PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, für bedenklich. In diesem Zusammenhang bittet die Fraktionsvorsitzende der PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, dass eindeutigere Definitionen politischen Extremismus zu formulieren sind.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, verliest nochmals die Definition und verweist darauf, dass vor 15 Jahren der demokratische Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte erkämpft wurden. Des Weiteren macht der Oberbürgermeister, Herr Schneider, deutlich, dass er erstaunt ist über die Diskussion, weil es im letzten Stadtrat eigentlich eine einheitliche Linie gegeben hat.

Die Fraktionsvorsitzende der PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, erklärt, dass jeder demokratische Verhältnisse schätzt.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, erklärt, dass ihn die Diskussion betroffen macht. Das Signal, welches nach seiner Meinung hiervon ausgehen

sollte, soll ein überparteiliches demokratisches Signal sein, dass wir hier in Eisenach uns zur demokratischen Grundordnung bekennen und keinen Extremismus dulden. Aus diesem Grunde spricht sich der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, für die Beschlussfassung aus, weil alles was in diese Richtung geht, richtig ist und die Unterstützung findet. Trotzdem kritisiert der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, dass dieser wichtige Beschluss formal schlecht vorbereitet wurde. Zum Abschluss weist der Fraktionsvorsitzende der Stadtratsfraktion, Herr Doht, darauf hin, dass die SPD auch links steht, aber trotzdem auf demokratischem Boden des Rechtsstaates.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, erklärt, dass es bedauerlich ist, dass man durch diese Diskussion den Eindruck gewinnen kann, als wäre der Konsens aus der letzten Sitzung nur die Hälfte wert. Im Übrigen ist nach Meinung des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Stadtratsfraktion, Herrn Köckert, dieser Konsensvorschlag entstanden aus einem Antrag von Herrn Schenke und Herrn Voß, der aber leider so nicht akzeptiert werden konnte. Der Eindruck aus der Rede von Herrn Schenke, dass man inhaltlich wenig gemeinsam hat, ist nach Aussage des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Stadtratsfraktion, Herrn Köckert, schade und schädlich. Des Weiteren empfiehlt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, seine Rede zu den Aussagen Rechts und Links im Protokoll nochmals nachzulesen. Für den Fraktionsvorsitzenden der CDU-Stadtratsfraktion, Herrn Köckert, ist nicht der extremistisch, der unsere Gesellschaft voranbringen will, sondern der ist extremistisch, der sich abseits des Bodens des Grundgesetzes stellt und dieses gewaltsam durchsetzen will. Zum Abschluss seiner Ausführungen macht der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, deutlich, dass es gut ist, dass die Verwaltung die Aktivität ergriffen, diesen Präventionsrat vorgeschlagen hat und die Fraktion sich aktiv beteiligen wird.

Das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, stimmt den Aussage von Herrn Hofmann zu und spricht sich für eine klare Definition aus. Des Weiteren spricht sie sich dafür aus, dass die Beschlussvorlage nochmals dringend verhandelt wird im zuständigen Ausschuss.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beauftragt den Oberbürgermeister mit der Einrichtung eines Präventionsrates gegen politischen Extremismus in der Stadt Eisenach unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters. Im Präventionsrat sollen die Gefahren des politisch motivierten Extremismus regelmäßig thematisiert werden. Ein Lenkungsausschuss unter Vorsitz des Oberbürgermeisters wird mit je einem Vertreter der Stadtratsfraktionen, der Polizei-Inspektion Eisenach, des Staatlichen Schulamtes, des Jugendamtes und des Ordnungsamtes besetzt. Die genannten Organisationen bestimmen intern ihren Vertreter. Vertreter weiterer gesellschaftlicher Kräfte können in Absprache mit dem Lenkungsausschuss hinzugezogen werden. Der Präventionsrat soll in enger Absprache mit dem Eisenacher „Treff Sicherheit“ Konzepte und Maßnahmen gegen politischen Extremismus erarbeiten und umsetzen.

**Abstimmung: 21 Stimmen dafür
 2 Stimmen dagegen
 7 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0135/2005

Nr. 6 der TO: Bestellung der deutschen Mitglieder für den Ausländerbeirat

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, begründet die Beschlussvorlage.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Bestellung von

a) Frau Besime Alaj

b) Herrn Jens Lampe

c) Frau Erna Klein

als Bürger der Stadt Eisenach in den Ausländerbeirat der Stadt Eisenach.

**Abstimmung: 30 Stimmen dafür
0 Stimmen dagegen
0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0136/2005

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, überreicht an die bestellten Mitglieder des Ausländerbeirates Blumen und gratuliert.

**Nr. 7 der TO: 3. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Musikschule der Stadt Eisenach
hier: Beratung und Beschlussfassung**

Das Stadtratsmitglied, Herr Dr. Schenk, hält seine Stellungnahme für die SPD-Stadtratsfraktion. Die Rede liegt schriftlich vor und gilt als Anlage zum Protokoll.

Die Fraktionsvorsitzende der PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, macht deutlich, dass die Fraktion große Bedenken hat, weil die Kürzungen des Landes im Bereich der Kinder- und Jugendlichen in vielen Bereichen erfolgen. In diesem Zusammenhang geht die Fraktionsvorsitzende der PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, auf die einzelnen Positionen und Summen ein. Nach Meinung der Fraktionsvorsitzenden der PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, kommt bei den ganzen Kürzungen heraus, dass viele Familien am Level leben und sich bestimmte Dinge nicht mehr leisten können. Des Weiteren vertritt die Fraktionsvorsitzende der PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, die Auffassung, dass es im Landeshaushalt dazu auf alle Fälle Alternativen gegeben hätte.

Das Stadtratsmitglied, Herr Voß, stimmt der Rede von Herrn Dr. Schenk zu, nur die Schlussfolgerungen sind anders. Nach Meinung des Stadtratsmitgliedes, Herrn Voß, wird der Vorgang der Gebührenerhöhung in Gang gesetzt, ohne dass ein Haushalt beschlossen wurde. Die Finanzierung der Musikschule wird also nach Aussage des Stadtratsmitgliedes, Herrn Voß, losgelöst vom Gesamthaushalt betrachtet, dies bedauert er sehr. Des Weiteren wurden bis jetzt, auch im Ausschuss, nur Argumente für eine Gebührenerhöhung gebracht. Die letzte moderate Erhöhung fand nach Information des Stadtratsmitgliedes, Herrn Voß, vor einem Jahr statt und es stellt sich die Frage für das Stadtratsmitglied, Herrn Voß, ob zwei moderate Gebührenerhöhungen immer noch moderat sind. Im Vergleich mit anderen Musikschulen Thüringens liegt Eisenach im

oberen Ende des Mittelfeldes. Trotzdem ist dem Stadtratsmitglied, Herrn Voß, klar, dass die Gebühren nicht vollständig abgeschafft werden können, weil die entsprechenden Rahmenbedingungen durch die Politik fehlen. Aus diesem Grunde sieht das Stadtratsmitglied, Herr Voß, seine Pflicht darin, im Rahmen der sozialen Verantwortung die Prioritäten bei der Gebührenanpassung so zu setzen, dass Familien mit Kindern von den Kürzungen bei den Landeszuweisungen am geringsten oder überhaupt nicht betroffen werden. Deshalb ist es gerade bei einer kritischen Haushaltslage für ihn nicht nachvollziehbar einzelne finanzielle Posten losgelöst von anderen Positionen zu betrachten und dies gilt vor allem für die freiwilligen Aufgaben der Stadt Eisenach. In diesem Zusammenhang geht das Stadtratsmitglied, Herr Voß, auf die vielfältigen Erhöhungen, die auf Familien zukommen, ein. Als wesentlichen Punkt spricht das Stadtratsmitglied, Herr Voß, an, dass Gebührenerhöhungen die Kaufkraft reduzieren. Das Stadtratsmitglied, Herr Voß, erwartet von der Stadtverwaltung, dass bei künftigen Vorschlägen der Verwaltung zur Änderung der Finanzierung freiwilliger Aufgaben alternative Finanzierungsvarianten vorgestellt werden und diese sollten auf einer Prioritätenliste basieren. Die Punkte dieser Prioritätenlisten könnten dann nach seiner Ansicht im Stadtrat zusammengestellt und durch eine Bürgerbefragung legitimiert werden. Dies wäre für ihn bürgernahe Politik. Zum Abschluss seiner Ausführungen kündigt das Stadtratsmitglied, Herr Voß, folgende Spende an – Finanzierung einer Komplettausstattung Farbpatronen für die zur Stadt gehörenden Jugendklubs.

Für die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, haben Kinder nicht nur eine Pflicht zur Bildung, sondern insbesondere ein Recht auf Bildung. Des Weiteren stellt die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, fest, dass der Landeshaushalt mit der parlamentarischen Mehrheit der CDU beschlossen wurde. Was dieser Beschluss bedeutet, hat nach Meinung der Fraktionsvorsitzenden der Stadtrat parteiübergreifend erkannt, besprochen und mehrfach den Protest zum Ausdruck gebracht. Da man über die Fehlleistungen der Landespolitik trefflich streiten kann, sich aber nichts ändern wird, nach Aussage der Fraktionsvorsitzenden der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, sollte es Aufgabe sein, ein höchstes Maß an Schadensbegrenzung zu wagen und vorzunehmen. Nach ihrer Meinung sollten realistische, kritische, vorausschauende und verantwortungsbewusste Beschlüsse gefasst werden, die so sicher vom Stadtrat nicht gefasst werden wollten. Wunschträume, Luftschlösser oder gar Popolismus werden nach Aussage der Fraktionsvorsitzenden, Frau Rexrodt, die Stadt Eisenach nicht weiterbringen. Wer heute diese Beschlussfassung ablehnt, gefährdet für die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, den Erhalt der Musikschule.

Das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, ist für den Erhalt der Musikschule, aber gegen eine Erhöhung der Gebühren. In diesem Zusammenhang weist das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, darauf hin, dass so viel Geld rausgeworfen wird und es auf der anderen Seite zu wenig Musikunterricht an Schulen gibt.

Auch die Fraktionsvorsitzende der PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, macht deutlich, dass es für die Kinder und Jugendlichen nicht die einzige Erhöhung ist und die Eltern es sich nicht leisten können. Des Weiteren sollte die Gebührenerhöhung beim Gesamthaushalt betrachtet werden.

Die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, macht deutlich, dass die Städte die Drecksarbeit erledigen müssen und man retten sollte, was zu retten ist.

Das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, macht den Vorschlag, dass der Stadtrat auf seine Fraktionsgelder und Sitzungsgelder verzichtet und diese der Musikschule gibt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die 3. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für die Musikschule der Stadt Eisenach in der als Anlage beigefügten Fassung.

**Abstimmung: 21 Stimmen dafür
 9 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen**

Beschluss-Nr.: 0137/2005

**Nr. 8 der TO: Befristete Aufhebung der Richtlinie im Bereich Sport, Jugend,
 Soziales und Kultur**

Das Stadtratsmitglied, Herr Levknecht, hält seinen Redebeitrag und erklärt, dass die SPD-Stadtratsfraktion die Beschlussfassung ablehnt. Der Redebeitrag liegt schriftlich vor und wird als Anlage zum Protokoll genommen.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, begründet ausführlich die Beschlussvorlage und geht auf den Redebeitrag von Herrn Levknecht ein. Nicht erwähnt hat nach Meinung des Oberbürgermeisters das Stadtratsmitglied, Herr Levknecht, dass die Stadt 1 Mio. € für die Sportanlagen im Jahr zur Verfügung stellt. Mit den Sportvereinen wurden Vereinbarungen getroffen nach Aussage des Oberbürgermeisters, Herrn Schneider, um die Betriebskosten an der einen oder anderen Stelle zu minimieren. Die Stadt will die Anlagen kostenlos zur Verfügung stellen. Auch für den Oberbürgermeister, Herrn Schneider, bringt es nichts, auf das Land und den Bund zu schimpfen, weil man mit den Prämissen, die die Stadt hat, auskommen muss. Intention der Verwaltung war es, mit der Beschlussvorlage klar zu machen, da ist nichts da oder wenig da und deshalb sollte der zuständige Ausschuss darüber befinden. Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, macht deutlich, dass mit den Richtlinien dem Oberbürgermeister und der Dezernentin freie Hand gegeben wird. Wenn dies der Stadtrat will ist dies so, dann möchte der Oberbürgermeister, Herr Schneider, allerdings auch keine Kritik hören.

Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, macht deutlich, dass die praktischen Auswirkungen dieser asozialen Einsparpolitik des Landes den Stadtrat und die Ausschüsse in den nächsten Sitzungen beschäftigen werden und den Gestaltungsspielraum stark

einschränken. Förderrichtlinien außer Kraft zu setzen löst nach Meinung des Stadtratsmitgliedes, Herrn Schenke, nicht das Problem, wenn nicht gleichzeitig eine Prioritätenliste vorgelegt wird. Auch in der Vergangenheit hat sich nach Aussage des Stadtratsmitgliedes, Herrn Schenke, aus den Förderrichtlinien kein Anspruch für eine Bewilligung abgeleitet. Etwas Positives kann das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, der vorgelegten Beschlussvorlage trotzdem entnehmen, weil bei der Mittelvergabe den Stadtratsmitgliedern eine größere Priorität eingeräumt wird. Zum Abschluss seiner Ausführungen macht das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, deutlich, dass die Stadt Eisenach den Vorschlag des deutschen Städtetages aufgreifen sollte und eine Verfassungsklage gegen den Thüringer Haushalt 2005 einreichen sollte, denn es sollte sich mit dem Status Quo nicht abgefunden werden.

Für die Fraktionsvorsitzende der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, bedeutet die Aufhebung der Richtlinie nicht, dass die Verbände und Vereine nichts bekommen sollen. Des Weiteren sollten nach Meinung der Fraktionsvorsitzenden der B 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion, Frau Rexrodt, die Mittel demokratisch und mit Transparenz vergeben werden und aus diesem Grunde bittet sie um Zustimmung zu dieser Beschlussvorlage.

Das Stadtratsmitglied, Herr Suck, hält diese Bundes- und Landtagsdebatten in diesem Stadtrat für unsinnig. Des Weiteren fordert das Stadtratsmitglied, Herr Suck, dass der Oberbürgermeister so schnell wie möglich den Haushalt vorlegt, damit auch dem Letzten klar wird, wie die Situation ist.

Die Fraktionsvorsitzende der PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, leuchtet es nicht ein, warum die Richtlinie außer Kraft gesetzt werden soll.

Die Dezernentin, Frau Lieske, begründet nochmals die Beschlussvorlage.

Der Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein, hätte sich dieses klare Wort der Verwaltung zu Beginn der Beratung gewünscht. In den Ausschüssen wurde die Intention dieser Beschlussvorlage besprochen und es geht darum, die Vereine in ihrem Bestand zu erhalten. Des Weiteren bittet der Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein, darum, die polemischen Reden zu unterlassen und endlich Facharbeit in den Ausschüssen zu leisten.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herrn Köckert, hält die Transparenz, die auch immer wieder in der Kulturkonferenz gefordert wurde, bei knappen Geldern für das Wichtigste. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus hat sehr lange über die Punkte diskutiert und hat sich entschieden für Transparenz. Ob diese Richtlinie dann so bleiben soll, kann nach Ansicht des Fraktionsvorsitzenden der CDU-Stadtratsfraktion, Herrn Köckert, zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden. Des Weiteren gibt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, eine kurze persönliche Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten zum Haushalt des Landes. Der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, macht deutlich, dass er versucht hat, im Thüringer Landtag für die Kommunen mehr Geld zu erstreiten. Er hat eigene Anträge gestellt und die Anträge wurden nicht angenommen, sie sind mit einem Patt 44 zu 44 gescheitert. Klar war für den Fraktionsvorsitzenden der CDU-Stadtratsfraktion, Herrn Köckert, aber eins, der Freistaat hat bei seinem Haushaltsvolumen von über 9 Milliarden Euro mehrere hundert Millionen noch freiwilliges Geld. Nach Meinung des Fraktionsvorsitzenden, Herrn Köckert, warten

auf dieses Geld seit 01. Januar 2005 Sozialverbände und Vereine, Sportverbände und Vereine und auch Künstler und die Wirtschaft. Der entscheidende Punkt ist aber, dass das Land bis heute in der vorläufigen Haushaltsführung lebt. Aus diesem Grund ist der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, der Auffassung, dass ein schlechter Haushalt besser ist als gar kein Haushalt. Betroffen wären bei keinem Haushalt die gewesen, die heute schon klagen, dass es weniger wird. In diesem Zusammenhang weist der Fraktionsvorsitzende der CDU-Stadtratsfraktion, Herr Köckert, darauf hin, dass bei keinem Haushalt dieser Personenkreis 4 – 5 Monate gar nichts bekommen hätte.

Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, fragt den Oberbürgermeister ob er die Möglichkeit sieht eine Verfassungsklage einzureichen.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, sagt eine Prüfung und Vorlage im Stadtrat zu.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 3 Stimmenthaltungen.

Der Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 1 Stimmenthaltung.

Der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 6 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 1 Stimme dafür, 0 Stimmen dagegen und 9 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 4 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen und 2 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

- 1. Nachfolgend aufgeführte Förderrichtlinien der Stadt Eisenach werden befristet bis zum 31.12.2005 aufgehoben:**
 - Richtlinie zur allgemeinen Kunst- und Kulturförderung in der Wartburgstadt vom 29.07.1996, zuletzt geändert am 30.04.2004
 - Förderrichtlinie der Stadt Eisenach für das Sozialamt und die Gleichstellungsbeauftragte zur Erfüllung sozialer Aufgaben im freiwilligen Bereich vom 28.05.1999
 - Sportförderrichtlinien der Wartburgstadt Eisenach vom 11.06.1991
- 2. Verfahrens- und Formregelungen, insbesondere das Antragsverfahren (incl. der Antragsformulare), die Verwendungsnachweise (incl. der vorgesehenen Formulare) und die Folgen nicht zweckbestimmter Verwendung der einzelnen Förderrichtlinien sind entsprechend weiter anzuwenden.**
- 3. Der Stadtrat empfiehlt dem Jugendhilfeausschuss, die Richtlinie zur Förderung von Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Familienbildung und –erholung in der Stadt Eisenach in der jetzt gültigen Fassung aufzuheben und entsprechend bei der Fördermittelvergabe zu verfahren.**
- 4. Die verbleibenden Mittel zur Förderung im Sozial-, Kultur- und Sportbereich werden in den jeweils dafür zuständigen Ausschüssen des Stadtrates durch die Verwaltung eingebracht werden, um Empfehlungen je Einzelfall für den Oberbürgermeister zur Förderung zu geben.**

Abstimmung: **15 Stimmen dafür**
 12 Stimmen dagegen
 3 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0138/2005

Nr. 9 der TO: **Übergabe der Kindertagesstätte „Pusteblume“, Kanalstraße 5, 99817 Eisenach an den freien Träger Arbeiter-Samariter-Bund, Kreisverband Eisenach e.V. (ASB)**

Die Stadtratsmitglieder Herr Meyer und Herr Adam nehmen an der Beratung und Beschlussfassung aus Gründen des § 38 ThürKO nicht teil.

Die stellvertretende Vorsitzende des Stadtrates, Frau Werner, übernimmt die Sitzungsleitung.

Der Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales und Gesundheitswesen empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 5 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 10 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt:

Die Übergabe der Kindertagesstätte „Pusteblume“, Kanalstraße 5, 99817 Eisenach an den freien Träger Arbeiter-Samariter-Bund, Kreisverband Eisenach (nachfolgend ASB genannt) voraussichtlich zum 01.09.2005 vorbehaltlich der Erteilung der Betriebserlaubnis durch das Landesjugendamt.

Abstimmung: **25 Stimmen dafür**
 0 Stimmen dagegen
 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 0139/2005

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Meyer, übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Nr. 10 der TO: **Bebauungsplan Nr. 41 Umstrukturierungsgebiet „ehem. Güterbahnhof“ Stadt Eisenach**
 hier: Entwurf

Die Beschlussvorlage wurde zurückgezogen.

Nr. 11 der TO: **Satzung über die Ablösung der Stellplatzverpflichtung der Stadt Eisenach (Stellplatzablösesatzung)**
 hier: Beratung und Beschlussfassung

Die Beschlussvorlage wurde zurückgezogen.

Nr. 12 der TO: Antrag der SPD-Stadtratsfraktion – Erarbeitung einer Tourismuskonzeption und einer Entwicklungsperspektive der Tourismus Eisenach GmbH

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, begründet den geänderten Antrag.

Der Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein, macht deutlich, dass auch die BfE-Stadtratsfraktion seit zwei Jahren massiv an diesem Thema arbeitet. Des Weiteren mahnt der Fraktionsvorsitzende der BfE-Stadtratsfraktion, Herr Gottstein, an, dass der Zeitplan eingehalten wird und der Gesellschaftervertrag vor der Ausschreibung vorliegt.

Das Stadtratsmitglied, Herr Dr. Schenk, stellt fest, dass wie es zu sein hat, die Arbeit im Ausschuss gemacht wurde. Des Weiteren macht das Stadtratsmitglied, Herr Dr. Schenk nochmals deutlich, dass es der SPD-Stadtratsfraktion um Effektivität, um besseren Tourismus in Eisenach und im Wartburgkreis geht. Erfreulich ist für das Stadtratsmitglied, Herrn Dr. Schenk, dass man zusammen mit der Wartburg auf Tourismusböden auftritt. Zu den Böden sollte allerdings die Tourismus Eisenach GmbH den Hut aufhaben und nicht einzelne Museen. Aus Sicht des Stadtratsmitgliedes, Herrn Dr. Schenk, muss die Tourismus GmbH die Aktivitäten bündeln und dem Oberbürgermeister Vorschläge unterbreiten als Verhandlungsbasis mit der Wartburg. In diesem Zusammenhang weist das Stadtratsmitglied, Herr Dr. Schenk, nochmals darauf hin, dass die Stadt Eisenach ein sehr viel besseres Werbeplakat benötigt, welches auch auf dem Wartburggelände ausgehangen werden kann. Das Prospektmaterial muss im Ticketshop ausgelegt werden. Für diese Regelung befürchtet das Stadtratsmitglied, Herr Dr. Schenk, allerdings Schwierigkeiten mit der Wartburg. Zum Abschluss erklärt das Stadtratsmitglied, Herr Dr. Schenk, dass ein Punkt – Nachschusspflicht – herausgenommen wurde, es aber trotzdem ehrenvoll wäre von Verkehrs- und Gewerbeverein, wenn ein 4-stelliger Betrag freiwillig zugeschossen werden würde. Dieser Betrag könnten für soziale Zwecke verwendet werden.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, ist froh, dass bei diesem Grundsatzbeschluss ein breiter Konsens mit den Ergebnissen des TEG-Workshops am 31.01.2005 gefunden wurde. Die Zusammenarbeit wertet der Oberbürgermeister, Herr Schneider, als nützlich und vorteilhaft für den Tourismus. Zu den Redebeiträgen führt der Oberbürgermeister, Herr Schneider, aus, dass die Zahlen der Tourismus GmbH gerade gestern in der Zeitung veröffentlicht wurden und sich wie berichtet, positiv entwickelt haben. Bei aller Kritik gegenüber dem Gewerbe- und Verkehrsverein weist der Oberbürgermeister, Herr Schneider, darauf hin, dass die Intention war, durch eine Vernetzung Gewerbeverein, Verkehrsverein, Tourismus GmbH das Innenmarketing zu betreiben. Dies hat nach Aussage des Oberbürgermeisters, Herrn Schneider, aber nicht so funktioniert, wie man sich das vorgestellt hat und deshalb werden der Verkehrsverein und der Gewerbeverein ihre Anteile dem Wartburgkreis zur Verfügung stellen. Bedenken sollte man nach Ansicht des Oberbürgermeisters, Herrn Schneider, dass der Wartburgkreis ein General ohne Truppen ist und die exakte touristische Arbeit im Werratalverein, in Creuzburg, in Ruhla bei der mini-a-thür gemacht wird, weil dies wichtig für die Zukunft ist. Die Situation in Eisenach ist, dass die Stadt Eisenach neben der Tourismus GmbH Museen hat, die

auch selbständig sind und es nach Meinung des Oberbürgermeisters an uns liegt, diese Sachen auch wieder zu ver-netzen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 9 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Beschlussfassung mit 7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen und 0 Stimmenthaltungen.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt

- 1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Gespräche mit dem Wartburgkreis mit dem Ziel weiterzuführen, um ab dem 01.01.2006 eine gemeinsame Tourismus GmbH zu gründen. Der Gesellschaftervertrag ist den Beschlussgremien bis Juni 2005 vorzulegen.**
- 2. Die Stelle des Geschäftsführers der neu zu gründenden Tourismus GmbH ist öffentlich und überregional bis zum 30.06.2005 auszuschreiben.**
- 3. Der gegenwärtige Interimgeschäftsführer der Tourismus Eisenach GmbH wird beauftragt, bis zum 30.04.2005 die Grundsätze eines Strategiekonzeptes für die zukünftige Tourismus GmbH zu erarbeiten. Diese sind nach Billigung des Aufsichtsrates dem zuständigen Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Kultur und Tourismus bis zum 12.05.2005 vorzulegen.**
- 4. Der Oberbürgermeister als Mitglied des Stiftungsrates der Wartburg wird beauftragt, Gespräche mit der Wartburgstiftung und den Wartburg Wirtschaftsbetrieben GmbH zu führen, mit dem Ziel eines breiteren Werbeauftrittes der Stadt Eisenach auf der Wartburg.**

Abstimmung: 29 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 0140/2005

Nr. 13 der TO: **Antrag der PDS-Stadtratsfraktion – Schaffung der Voraussetzungen zur Einrichtung einer Kinder- und Jugendkonferenz**

Der Antrag wurde zurückgestellt.

Nr. 14 der TO: **Antrag der EA-Stadtratsfraktion – Weiterbetreuung des Kindertreffs Nord in Trägerschaft der Stadt Eisenach**

Das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, begründet den Antrag.

Die Dezernentin, Frau Lieske, macht deutlich, dass der Kindertreff nicht zur Disposition steht, weil die Finanzierung bis September 2005 gesichert ist. Es handelt sich um eine Initiative der Kinderbeauftragten, Frau Backhaus, zusammen mit der GFAW. Des Weiteren macht die Dezernentin, Frau Lieske, deutlich, wie der Kindertreff überhaupt entstanden ist. Des Weiteren erklärt die Dezernentin, Frau Lieske, dass im Jugendhilfeausschuss immer darum gekämpft wurde, den Kindertreff absolut abzusichern und nie die Rede davon war, ihn zu schließen. In diesem Zusammenhang

macht die Dezernentin, Frau Lieske, darauf aufmerksam, dass ihr noch kein einziger Fall von Rechtsextremismus im Kindertreff bekannt wurde und warnt aus diesem Grund davor, dass der Stadtteil in eine bestimmte Ecke gedrängt wird.

Das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, erklärt, dass die Aussagen von Frau Lieske dem entsprechen, was sie sagen wollte und sie die Entwicklung kennt.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, macht deutlich, dass im Beschluss drin steht, dass die Schließung verhindert werden soll. Für den Oberbürgermeister, Herrn Schneider, ist der Antrag fast eine Frechheit.

Das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, spricht sich dafür aus, dass die Anträge vorher im Ausschuss geklärt und darauf hingewiesen werden sollte, dass der Antrag so nicht eingebracht werden kann. Des Weiteren macht das Stadtratsmitglied, Herr Schenke, darauf aufmerksam, dass in Eisenach-Nord immer mehr Strukturen zerbrechen.

Das Stadtratsmitglied, Frau Müller, ist bestürzt über den Antrag und weist darauf hin, dass im Jugendhilfeausschuss eine Schließung überhaupt nicht zur Diskussion stand. In diesem Zusammenhang fragt das Stadtratsmitglied, Frau Müller, ob Frau Fischer etwas gegen die freien Träger hat. Seit anderthalb Jahren wird versucht die Jugendsozialarbeit in Eisenach-Nord neu zu strukturieren. Der ASB ist nach Aussage des Stadtratsmitgliedes, Frau Müller, derzeit der Träger der Einrichtung und der Treff ist bis 30.09.2005 gesichert. Das Stadtratsmitglied, Frau Müller, macht deutlich, dass sie diese Polemik nicht versteht. In diesem Zusammenhang weist das Stadtratsmitglied, Frau Müller, darauf hin, dass die Diakonissenmutterhausstiftung jahrelang in Eisenach-Nord eine hervorragende Arbeit geleistet hat.

Die Fraktionsvorsitzende der PDS-Stadtratsfraktion, Frau May, denkt, dass jeder das Recht hat einen Antrag einzubringen. Im Ausschuss sollte sich überlegt werden, wie es nach dem 30.09.2005 weitergeht.

Das Stadtratsmitglied, Frau Fischer, erklärt, dass sie nichts gegen freie Träger hat.

Der Stadtrat der Stadt Eisenach beschließt

Die Verweisung des Antrages der EA-Stadtratsfraktion zur Weiterbetreuung des Kindertreffs Nord in Trägerschaft der Stadt Eisenach in den Jugendhilfeausschuss zur Beratung.

Abstimmung: 28 Stimmen dafür
 0 Stimmen dagegen
 0 Stimmenthaltungen

Nr. 15 der TO: Anfragen

Reg.-Nr. 41/2005 Anfrage der PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Zahl der Familien denen nach Hartz IV zu einem Wohnungswechsel geraten wird
Es gibt keine Zusatzfragen.

Reg.-Nr.: 45/2005 Anfrage der PDS-Stadtratsfraktion
Thema: Amtsblatt
Es gibt keine Zusatzfragen.

Reg.-Nr.: 47/2005 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion
Thema: Zuweisung öffentlicher Personennahverkehr 2005
Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion, Herr Doht, erklärt, dass die Beantwortung der Frage 2 sehr vage ist und er aus diesem Grund konkret die Frage stellt, ob die Planung das Wegfallen konkreter Linien vorsieht.

Der Oberbürgermeister, Herr Schneider, erklärt, dass nach Veränderungen gefragt wurde und erklärt wurde, dass es momentan keine Veränderungen gibt. Nach Aussage des Oberbürgermeisters, Herrn Schneider, ist man in einem ständigen Prozess der Prüfung wo Einsparmöglichkeiten sind. Es werden Untersuchungen durchgeführt, wie die Linien belegt sind und ob es möglich ist, die Taktzeiten zu verändern oder Linien wegfallen lässt. Darum geht es nach Aussage des Oberbürgermeisters. Die Stadt hat einen Nahverkehrsplan und wenn etwas Konkretes vorliegt, wird der Stadtrat informiert. Nach Meinung des Oberbürgermeisters, Herrn Schneider, muss es dort sinnvolle Veränderungen geben.

Ende der öffentlichen Sitzung um 18.25 Uhr – Pause bis 18.30 Uhr

Nichtöffentlicher Teil

Meyer
Vorsitzender
des Stadtrates

f.d.R.d.P.: Steffan
Schriftführer
14.03.2005